

# Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Lahr/Lahn, Untertaunus, Rheingau und St. Goursansen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Werktag).  
Bezugspreis: monatlich 8.00 Mark einschl. Postabfertigung  
oder Bringerlöhne.  
Telefon Nr. 82. — Postleitzahl 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Segr. 1838 (Limburger Tageblatt)

Berantwortlicher Redakteur Hans Antner,  
Druck und Verlag der Firma Schmidhofer Verlag und Buchdruckerei  
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die gespaltenen 3-Millimeterzeile oder deren  
Raum 50 Pfg. Die 91 mm breite Meßkennzeile 150 Pfg.  
Anzeigen-Einnahme bis 4 Uhr nachmittags des Vorstages.

Nummer 82

Limburg, Montag den 12. April 1920.

83. Jahrgang

## Mehr Demokratie.

Die Presse der Rechtsopposition hat mit gewohnter Begier die Tatsache kommentiert, daß die Gewerkschaften Anfang zu neuen Forderungen an die Reichsregierung gezwungen haben. Besonders war dieser Sprung vorauszusehen, doch soll damit nicht gesagt sein, daß er die innerpolitische Lage etwa erleichtert hätte. Nach allgemeinem Urteil hat die Regierung gerade in der Frage der Besetzung des Ruhrgebiets alles getan, was den Wünschen und Bedingungen der Gewerkschaften entsprach. Sie hat nach der Anfang vieler bis zum letzten Augenblick mit dem bewaffneten Einmarsch gezögert und dann bekanntlich das Vorgehen der Reichswehrtruppen in so prüfenden Form durchzuführen lassen, daß eigentlich niemand zu ernster Beschwerde leben könnte. Die Gewerkschaften haben nun das Verlangen nach sofortiger Zurückziehung der Reichswehr aus dem Industriegebiet gestellt, und es ist in der bürgerlichen Presse daher mit recht lichten Worten darauf hingewiesen worden, daß damit der französische Regierung eine gerade im jetzigen Augenblick unerwünschte Unterstreichung zuteil würde. Insofern nun durch die Haltung der Gewerkschaften innerhalb der bürgerlichen Parteien der Eindruck hervergerufen und bestätigt wird, als ob die Gewerkschaften sich als eine Art Nebenregierung neben der verschwörungsmäßigen Regierung aufzutun gedachten, wird man nicht um eine endliche Klarstellung herumkommen. Es kommt noch aufzudenken hinzu, daß auch die mehrheitlich sozialistische Partei sich dem Schritt der Gewerkschaften angeschlossen hat.

Wie verlautet, wird diese Tatsache Gegenstand weiterer Erörterungen innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie sein, und es ist auch hier zu wünschen, daß im Interesse der uneingeschränkten Erhaltung der Koalition der drei Mehrheitsparteien eine möglichst weitgehende Klarstellung erfolgt. Da aber nicht anzunehmen ist, daß innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie der Gedanke irgendwie Platz gegeben haben sollte, als ob die Koalition nicht mehr notwendig sei, so dürfte sich hier alsbald das weitere ohne Schwierigkeiten ergeben. Es kann ja in Deutschland im gegenwärtigen Augenblick keinen wahrhaft ersten Politiker geben, der auch nur für die Dauer eines Augenblicks glauben könnte, daß das Schicksal Deutschlands auf einem anderen Wege als dem der Demokratie und der jüngsten Regierungsmehrheit zu sichern wäre. Wenn diese Auffassung etwa neuerdings innerhalb gewisser Kreise der Sozialdemokratie tatsächlich beeinträchtigt sein sollte, dann wird es sicherlich den möglichen Persönlichkeiten gelingen, diesen Irrglauben zu beseitigen. Mehr denn je ist Deutschland darauf angewiesen, in einer demokratisch orientierten Welt als unbestreitbare Demokratie erkannt zu werden. Bedauerlich bleibt nur, daß diese unbestreitbare Tatsache im Lager der Rechtsopposition nicht mehr eindeutig genug geprägt wird. Man gibt sich da trocken des Zusammenbruchs der Rappherrschaft noch immer der furchtlosen und geradezu vorwitzigen Anhäufung hin, als ob eine bolschewistische Zwischenpause die Erfüllung geheimer monarchischer Wünsche zur Folge haben könnte. Man vergibt dabei nur, und man sollte sich das endlich einmal klar machen, daß während dieser Epoche das Rheinland und Süddeutschland verloren sei und das Reich in Trümmer ginge.

## Die Lage im Ruhrgebiet.

Berlin, 10. April. In den Verhandlungen, die zwischen Vertretern der Regierung und Abordnungen aus dem Industriegebiet gestanden, legten, wie der „Börsischen Zeitung“ berichtet wird, die Vertreter der Gewerkschaften besonderen Wert darauf, daß die Besetzung des Ruhrreviers durch die Reichswehr nicht von langer Dauer sein dürfe. Die Reichswehr kann wohl augenblicklich Ordnung schaffen, nicht aber diese Ordnung während aufrechtzuhalten, da seit dem Karp-Putsch die Erbitterung gegen die Reichswehr unausrottbar sei. Man werde sich in der Weise helfen müssen, daß man aus den Mehrheitsparteien Sicherheitsmannschaften rekrutiere. Gestern nachmittag wurden Besprechungen zwischen den gewerkschaftlichen Abordnungen des Ruhrreviers, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und Vertretern der anderen an dem Berliner Generalstreik beteiligten Organisationen geplatzt. Es handelt sich dabei um rein taktische Fragen, wie die Auslegung der Bielefelder Beschlüsse und der letzten Fortbewegungen an die Reichsregierung.

Dortmund, 10. April. Im Industriegebiet werden immer noch bewaffnete rote Banden festgestellt. Die Hauptläden sind südlich der Ruhr angezogen. Da sich aber im südwärtsigen Gelände erneut Un Sicherheit bemerkbar macht, läuft die Reichswehr jetzt Spätaufklärer und heimliche Waffenlager auf. In einem im Stadtteil Brackel entdeckten Waffenhaus fanden sich Munition und Sprengstoff verborgen, auch fehlte die Zündschnur nicht. Die Roten hatten über keine Zeit mehr zum Angriffen. Durch die 17jährige rote Herrschaft ist Dortmund um viele Millionen geschädigt. Allein 1.421.900 Mark der Geld wurden erpreßt, auch die Wiederbeschädigungen sind sehr groß. Bei den Kämpfen am 7. April wurden elf Bürger und durch blindwütiges Schießen in eine Beamtensammlung der Stadtteil Schütt er gerettet. Die Bürgerschaft ist äußerst deprimiert, da von der Rücknahme der Reichswehr gesprochen wird. Es ist unbedingt nötig, daß sie so lange bleibt, bis eine Beruhigung eingetreten ist.

Eisen, 10. April. Nach einer Meldung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung beläuft sich der durch Plünderungen durch Rotgardisten entstandene Schaden in der Stadt Eisen auf über 10 Millionen.

## Die Besetzung des Aufstandesgebietes.

Münster i. Westf., 9. April. (WLB.) Tausende von Arbeitern verließen die vom Militär besetzten Orte, um

sich ins bergische Land zu begeben. Hierzu erklärten Reichswehrkommandant Severing und Generalleutnant Walter, die Truppe komme zum Schutz aller Bürgerschaften und werde nur gegen die verantwortlichen Hetzer und gewissenlosen Führer eintreten. Man lege aber Wert darauf, daß die Freigekreiste aufgelöst und zurückgeworfen werden. Die Truppe kommt nicht als Rächerin. Wer nach dieser Zeit der Unruhe aus ehrlicher Überzeugung seine Ansicht, auf ungemeinem Wege etwas zu erreichen, ausgibt, und sich zu seiner bisherigen Arbeitsstätte wieder begeben will, werde von der Truppe in keiner Weise gehindert.

## Neuer Einmarsch in Düsseldorf.

Düsseldorf 9. April. (WLB.) Nach einem von Minister Severing eingegangenen Telegramm, wonach mit der vorübergehenden Besetzung Düsseldorfs durch Reichswehrtruppen zu rechnen sei, beschäftigten sich die Stadtverwaltung und die Führer der Stadtratsfraktionen mit der Angelegenheit und landeten an die Regierung und an Severing folgendes Telegramm: Mit Rücksicht auf die bisherige ruhige Abwicklung in Düsseldorf erscheint uns nach der Lage der heutigen Verhältnisse das Einrücken der Reichswehrtruppen in Düsseldorf gegenwärtig unzweckmäßig und bedenklich. Wir bitten, keine Maßnahmen zu treffen, ehe die Freitag vormittag interessante hädliche Kommission gehört wurde.

## Hört beides der Gefahr im Ruhrgebiet.

Nach einer Meldung des „Tägl. Niederschau“ aus Münster sind auf der Bochumer Zeche „Graf Beul“ zwei Zentner Sprengstoff von den Bolschewisten entwendet worden. Ferner sind Waffen und Munition verschoben worden. Man meint dort allgemein, daß die Aktion der Roten Armee sich besser vorbereitet wiederholen werde.

## Gutenteilnehmer im Industriegebiet.

Eijen, 9. April. (WLB.) Abends waren Vertreter der Entente hier um sich über die Lage in Industriegebiet zu informieren. Von den zuständigen Stellen konnte ihnen leicht nachgewiesen werden, daß bei der Besetzung des Ruhrgebietes die Vertreter Friedensvertragsbestimmungen hinsichtlich der Reparationen nicht übertreten würden. Auch überzeugten sich die Vertreter, daß die Reichswehr vom größten Teil der Bevölkerung mit Freuden empfangen würde und wie sinnlos die Behauptung ist, das Einrücken der Reichswehr sei ein neuer Ausbruch des Militarismus.

## Erpressungen auf dem Land.

Barmen, 10. April. Die flüchtenden Rotgardisten verbünden bei der Landbevölkerung Plünderungen und Erpressungen. Sie versilbern die mitgeführte Bagage und die Zugtiere.

## Die Todesurteile.

Kellinghausen, 10. April. Bisler sind vom militärischen Sondergericht 82 Todesurteile gefällt worden. Drei davon sind durch den Oberbefehlshaber bestätigt worden.

## Die Spätaufklärer im Vogtland.

Plauen, 10. April. (WLB.) Die rote Garde besetzte heute die hierfür Infanterieferne sowie den Bahnhof.

## Die neuen Besetzungen.

### Eine Bekanntmachung des kommandierenden Generals des französischen 30. Armeekorps.

Es sind gegenwärtig falsche und tendenziöse Nachrichten im Umlauf, die geeignet sind, die Bevölkerung zu beunruhigen. Die eine dieser Meldungen besagt, daß eine amerikanische Intervention stattgefunden habe und die französische Regierung aufgefordert worden sei, ihre Truppen aus der neu besetzten Zone zurückzuziehen. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Die andere Meldung bezieht sich auf einen Vorfall, der sich in der Gegend von Friedberg zwischen einer französischen und einer deutschen Kavalleriepatrouille abgespielt hat. Dieses Vorfall beschreibt sich auf einige Schüsse, welche zwischen zwei Kavalleriepatrouillen gewechselt wurden, die im übrigen aber keine Folgen gehabt haben. Der Vorfall hat sich übrigens in der von den französischen Truppen besetzten Zone zugetragen und würde also nicht stattgefunden haben, wenn nicht eine deutsche Abteilung dort eingedrungen wäre. Im Auftrage des Chefs des Generalstabs: Bouvard.

## Falsche Gerüchte.

Darmstadt, 10. April. (WLB.) Die Meldung auswärtiger Blätter, daß es gestern in Darmstadt zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Frontzonen gekommen sei, ist vollständig aus der Luft gegriffen. In der Meldung ist kein wahres Wort außer der Tatsache, daß ein gewissenloses Frauenzimmer durch herausforderndes Benehmen den berechtigten Horn einiger Passanten erregte und deshalb von dem Publikum gräßtig wurde. Es hat sich nichts ereignet, was einem Zusammenstoß auch nur ähnlich kommen könnte. Es darf im Gegenteil mit Genugtuung festgestellt werden, daß das Gros der Bevölkerung sich den Besatzungstruppen gegenüber zurückhaltend und deutscher Würde entsprechend benimmt.

## Unterschiedliche Auslegung innerhalb der Entente.

Amsterdam, 9. April. (WLB.) Nach dem Bericht eines besonderen Korrespondenten der „Daily News“ liegt Frankreich vollkommen unabhängig von seinem englischen und italienischen Verbündeten vor. Sowohl Lloyd George als auch Tariq Hassan hatten London über die Osterfeiertage verlassen. Bonar Law, der den französischen Botschafter am Montag traf, scheint nicht den Eindruck erhalten zu haben, daß der Normalzustand unmittelbar bevorstand. Daß die britische Regierung die Besetzung weder formell billigte, noch missbilligte, hatte seinen Grund wahrscheinlich in der Unmöglichkeit,

die Ansicht des gesamten Kabinetts einzuhören und mit Italien zu beraten. Die britische Regierung war der Ansicht, daß es eine sehr scharfe Auslegung des Friedensvertrages sei, wenn man Deutschland zwingen wolle, den Unruhen in der neutralen Zone entfliegen zu lassen. Der Berichterstatter ist der Ansicht, daß der Vertrag eine ausgesprochene Strafmaßnahme ist, und als solche durchaus der bisherigen Politik Frohs und Millerands entspricht, womit England und Italien bisher sich nicht einverstanden erklärt.

## Ein englischer Protest.

Paris, 9. April. (WLB.) Der Spezialkorrespondent des „Matin“ meldet aus London: „Man wird gewiß in Frankreich sehr überrascht davon sein, erfahren zu müssen, daß die britische Regierung jeder Erwartung zuviel heute nach Abhaltung von zwei Kabinettssitzungen beschlossen hat, gegen die französische Aktion in Deutschland zu protestieren. Diese Neugierde wird unsern britischen Freunden, die in der Weise seit zwei Tagen dauernd uns ihrer Unterstützung versichert haben, ebenso überraschen wie uns selbst. Eine Note offizieller Charakter, die heute durch eine Agentur veröffentlicht wird, besagt: „Der Eindruck, der hier verbreitet ist und durch die von Frankreich abgegebene Erklärung bestätigt wurde, daß die Alliierten und assoziierten Regierungen, nämlich Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Italien und Belgien, mit der französischen Regierung vollständig einig seien, ist ganzlich irrig. Die Wahrheit ist, daß die alliierten und assoziierten Regierungen der Politik eines Einrückens in die neutrale Zone immer entgegen gewesen sind. Es macht den Eindruck, daß die französische Regierung aus Gründen, die ihr gut schien, dieses Einrücken aus eigener Initiative vorgenommen hat, ohne die Zustimmung der Alliierten abzuwarten. Die Stellung der englischen Regierung zu dem Problem der sozialen Unruhen ist die, daß es allein eine Angelegenheit derjenigen Regierung ist, die jetzt nach Wiederherstellung des Friedens das deutsche Volk vertritt, und daß es die Alliierten nichts angeht, daß die Ereignisse außerhalb derjenigen Zone vollziehen, für die sie verantwortlich sind. Der Korrespondent meldet dann dazu: Die offizielle Protestnote werden morgen (heute den 9. April) durch Lord Derby an Millerand übergeben werden. Lloyd George, der gestern abend nach London zurückgekehrt ist, hat heute früh in der Downingstreet den französischen Botschafter empfangen, und mit ihm eine längere Unterredung gehabt. Lloyd George wird am 9. April nach Paris in Begleitung verschiedener Persönlichkeiten reisen. Die britische Regierung habe Cambon benachrichtigt, daß sie die Frage der französischen Intervention in Deutschland nicht in derselben Weise wie die französische Regierung ansiehe.“

## Besprechung Rittis mit dem deutschen Geschäftsträger.

Mailand, 9. April. (WLB.) Dem „Corriere della Sera“ wird aus Rom gemeldet, daß Ritti gestern nachmittag neuerdings eine Unterredung mit dem deutschen Geschäftsträger hatte. In politischen Kreisen weißt man der Unterredung große Bedeutung bei. Sie wird in Zusammenhang gebracht mit den durch die Besetzung der neutralen Zone verursachten Ereignissen.

## Französische Beschimpfungen Lloyd Georges.

Paris, 10. April. Bertinax wendet sich im „Echo de la Presse“ sehr scharf gegen Lloyd George. Er sagt: „Dieser Lloyd George, der sich gestern noch einmal als Mann erwies, wie im Juli, August und September 1914, ist ein Politiker ohne Urteil, der selbst am Tage des serbischen Ultimatums die europäische Abstürzung vorausgesagt, dem am 2. September 1914 im Kabinettstat, der über die Haltung Englands entscheiden sollte, seinen Kollegen drohte, er werde sich auf die Straße hinausgeben, um sich an die Spione der Pazifisten zu stellen, wenn sich die Regierung auf die Seite Frankreichs stelle, für die sie verantwortlich sind. Der Korrespondent meldet dann dazu: Die offizielle Protestnote werden morgen (heute den 9. April) durch Lord Derby an Millerand übergeben werden. Lloyd George, der gestern abend nach London zurückgekehrt ist, hat heute früh in der Downingstreet den französischen Botschafter empfangen, und mit ihm eine längere Unterredung gehabt. Lloyd George wird am 9. April nach Paris in Begleitung verschiedener Persönlichkeiten reisen. Die britische Regierung habe Cambon benachrichtigt, daß sie die Sicherheit Frankreichs gewohntesten könne. Lloyd George verzog der französischen Politik nie mal, daß sie seit Januar in der Entente cordiale eine gewisse Unabhängigkeit beobachtete. Er wartet seine Stunde ab und glaubt, daß sie jetzt gekommen sei.“

## Die Kursteigerung der Mark.

Die Mark hat trotz den inner- und außenpolitischen Wirken der letzten Zeit einen dauernden Aufstieg ihrer Währung erfahren und heute mit 10 Centimes bereits fast das Doppelte ihres größten Tieflandes von 5,5 Schweizer Centimes erreicht. Ihr Stand war am 27. Januar 5,5 am 11. März 2,05, am 1. April 8,80, am 10. April 10,0 Schweizer Centimes. Da gleichzeitig sowohl der amerikanische Dollar wie das englische Pfund beträchtlich zurückgingen, ist eine bedeutende wirtschaftliche Stärkung für uns zu erwarten. Den schwersten Sturz hat der französische Franc getan. Von einem Stand von 45,00 am 11. März sank er auf 38,25 am 1. April und auf 36,00 am 7. April und hat am 10. April seinen bisher tiefsten Stand mit 34,00 erreicht.

## Geldverschiebungen.

Berlin, 8. April. Nach dem „Lokalanzeiger“ sind von der polnischen Besetzung des Bahnhofs Neustadt in Westpreußen 30 Millionen Mark, die vom Freistaat Danzig an die Reichsregierung abgeschickt wurden, beschlagnahmt worden, angeblich weil es sich um Kapitalverschwendungen deutscher

Rausleute aus Danzig handele. Auf die sofortige Reklamation bei der polnischen Regierung ist die Summe bereits freigegeben worden. Die Auslieferung ist jedoch noch nicht erfolgt.

#### Der neue Reichsminister des Auswärtigen

Berlin, 9. April. (WDB.) Zum Reichsminister des Auswärtigen ist Reichscommisar Dr. Adolf Köster in Aussicht genommen. Köster entstammt einer Fischerfamilie in der Nordnord. wurde am 8. März 1883 als Sohn eines Zollbeamten in Berlin an der Alster geboren und besuchte nacheinander die Volksschule, die Realschule und das Gymnasium in Hamburg. Köster widmete sich dann dem Studium der Philologie und bezog nacheinander die Universitäten Hamburg, Halle, Marburg und Zürich. In der wissenschaftlichen Welt destammt Köster mit einem Werk über die Etikett Pascals, einer Schrift über den jungen Kant, sowie einer Darstellung der Entwicklung der modernen Pädagogik. Daneben machte sich Köster auch mit einem Roman "Die zehn Schönheiten" und einem Roman "Die bange Nacht" der 1913 erschien, einen guten Namen. Ausgedehnte Studienreisen, die Köster durch ganz Europa nach Asien, Afrika und Amerika führten, gaben ihm hinreichende Gelegenheit, sich mit fremden Völkern und fremden Verhältnissen vertraut zu machen. Politisch schloß sich Köster schon in früher Jugend der sozialdemokratischen Partei an. Nach der Revolution war er zuerst in der Reichskanzlei tätig. Danach wurde er zum Reichscommisar für die Abstimmungsgebiete in Schleswig-Holstein ernannt. Auf diesem wichtigen Posten erwähnt sich Köster durch sein entschlossenes Eintreten für die deutsche Sache das Vertrauen der gesamten Bevölkerung. Es ist ihm und seiner organisatorischen Tätigkeit mitzugeben, daß die Abstimmung in der zweiten Zone für Deutschland ein so überaus günstiges Ergebnis hatte. Durch die Verhandlungen mit dem internationalen Ausland in Schleswig-Holstein konnte Köster den Beweis diplomatischer Beschwagung erbringen. Zur Zeit befindet sich Köster in Riel, um die durch den Kapp-Putsch geschaffenen Zustände wieder in geordnete verfassungsmäßige Bahnen zu lenken.

Von dem neuen Minister des Auswärtigen, Adolf Köster, berichtet der "Vorwärts", daß er sein Mitarbeiter gewesen sei. Nach der "Vossischen Zeitung" ist er Kriegsberichterstatter gewesen, hat dann als Sekretär bei dem Chef der Reichskanzlei, Kurt Bäke, gearbeitet und in Weimar enge Beziehungen zu dem Grafen Brodorff-Ranau gehabt.

#### Ein vorläufiger Kredit für Deutschland

Hag, 9. April. (WDB.) Das Korrespondenzbüro erfaßt, daß der vorläufige Kredit für den Ankauf von Lebensmitteln, der in Erwartung des geplanten 60 Millionen-Kredits von den Niederlanden an Deutschland gewährt werden soll, 25 Millionen Gulden betragen würde. Es ist jedoch bezüglich dieses Kredits noch kein Vereinommen erzielt worden, da die deutschen Unterhändler bisher keine Bollmacht zu haben scheinen, um namens ihrer Regierung das Kreditabkommen abzuschließen. Außerdem soll dieser Kredit nur gewährt werden können, wenn vollkommen feststeht, welche Lebensmittel und in welchen Mengen für diese 25 Millionen Gulden von Deutschland bezogen werden sollen.

#### Das große Anstraumen unter den arbeitslosen Waischen

Berlin, 9. April. Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit, daß mit den Kriegsgesellschaften energisch ausgeräumt werde, soweit ihr Fortdauer nicht vorläufig noch durch unsere wirtschaftliche Lage bedingt ist. Eine große Anzahl von ihnen sei bereits zur Liquidation gebracht, und bei einem Teil dieser Gesellschaften sei die Liquidation schon soweit fortgeschritten, daß nur noch Abrechnungsarbeiten in Frage kämen. Die Dienstaussicht über diese Gesellschaften sei an das Reichswirtschaftsministerium übergegangen. Das ließ sich angenehm, hat doch ein Spaziergang ausgerechnet, daß zur Bewirtschaftung eines Quadratmeters Tadpappe drei Beamte nötig waren. Es ist nur zu wünschen, daß das Reichswirtschaftsministerium die Energie, die das Reichswirtschaftsministerium überraschenderweise sich selbst zugeschreibt, noch übertrifft und auch dafür sorgt, daß die Abredungen sich nicht allzu lange hinzögeln. Es handelt sich um folgende Gesellschaften: Reichserzeugergesellschaft, Reichshilfentrustgesellschaft, Hafererlauffgesellschaft, Tabakverwertungsgesellschaft, Deutsche Rohrbaus-A.G., Eisenholzengesellschaft, Sattlerlederengesellschaft, Reichspostverteilungsgesellschaft für Fußbekleidung, Reichsstelle für Papierholz, Papierholzbeschaffungsstelle, Kriegsauswahl für Rohpappen und Tadpappindustrie, Kriegsauslandsstelle für Tadpappenteer, Rautschabrechnungsstelle, Reichssackstelle, Rammwoll-A.G., Hanslieferungsgesellschaft, Bahnstreckenaufstellungs-

schaft, Riegsindustrie für Teichfischverwertung und Reichs-Texil-A.G.

#### Eine braunschweigische Waffenpartei

Verschiedene Blätter melden aus Braunschweig die Gründung einer braunschweigischen Waffenpartei unter dem Vor- sitz des Hauptmanns der deutsch-nationalen Fraktion der Nationalversammlung Hanno, welche Braunschweigs Selbständigkeit, angegliedert an ein selbständiges Niedersachsen, festhalten am monarchischen Gedanken und ein Stammesfürstentum auf vollständiger Grundlage erhebt unter dem Losungswort: "Los von Berlin! Festhalten am Reich!"

#### Die Gefahr der Auflösung der Einwohnerwehren.

Nach der "Vossischen Zeitung" fühlt man sich in München durch die angeordnete Auflösung der Einwohnerwehren nach den Erfahrungen der Generalstreitkriege aufs ernste bedroht, zumal in Innerräumen Kreisen, weil die Einwohnerwehren ein Gegenstück zu den teilweise reaktionären Reichswehren gebildet haben. Der "Bayerische Kurier" schreibt, daß die Einwohnerwehren in Bayern unauslösbare seien.

Nach dem "Volksanzeiger" soll anstelle der Einwohnerwehren ein Ortschutz in vorläufiger Verbindung mit der Sicherheitswehr besonders in den großen Städten gebildet werden. Am Waffen sollen Pistolen und Gummistöppel zur Einführung kommen. Die Einwohnerwehrzentrale im Ministerium des Innern ist bereits aufgelöst worden.

#### Anklage gegen die Generalität der Reichswehr in Kassel.

Berlin, 9. April. (WDB.) Der "Vorwärts" erhob gestern in einem Artikel „Die Ereignisse in Kassel. Fort mit Schöler und Lohberg!“ die schwersten Anklagen gegen diese Generale wegen angeblich zweifelhaften Verhaltens in den ersten Tagen des Kapp-Putsches. Das Reichswehrministerium gibt eine Darlegung der Ereignisse, wonach den Vorwürfen, die Reichscommisar Gregorius in einem Telegramm vom 27. März betreffend das militärische Eingreifen in Thüringen erhob, sofort nachgegangen wurde. Dabei ergab sich, daß die Ansicht des Reichswehrgruppenkommandos II (General von Schöler) in diesem Falle die richtige gewesen ist. Darauf bezog sich das Telegramm vom 3. April, welches der Reichspräsident und der Reichswehrminister unterzeichneten. Sonstige Vorwürfe waren damals nicht erhoben worden. Am 6. April unterbreitete Gregorius dem Reichswehrminister neue Beleidigungsmomente über die Haltung der beiden Generale zur Zeit des Kapp-Putsches. Diese wurden vom Reichswehrminister inzwischen an die dafür zuständige Zivilbehörde weitergegeben.

#### Schlacke in Oberschlesien.

Nach der "Vossischen Zeitung" hat der Präsident der internationalen Kommission für Oberschlesien den deutschen Bevollmächtigten mitgeteilt, daß die oberschlesischen Mandate zum schlesischen Landtag suspendiert seien. Besucher des Landtages dürfen nicht nach Oberschlesien zurückkehren.

#### Verbleiben der Reichswehr in der 50 Kil.-Zone.

Karlsruhe, 9. April. (WDB.) Zum angeblichen Abzug der Reichswehr schreibt man uns von zuständiger Seite: Die in einigen Zeitungen in den letzten Tagen erschienenen Notizen über den Abzug der Reichswehr aus der 50-Kilometer-Zone sind insofern unrichtig, als die Truppen vorläufig in ihren jetzigen Zonen verbleiben.

#### Amerikanische Kinderspeisungen.

Koblenz, 9. April. Der Vorsitzende der amerikanischen Abteilung der hohen Rheinlandkommission hat dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß diese Abteilung eine umfassende Speisung sämtlicher unterernährter Kinder in dem von Amerikanern besetzten Gebiet vorbereitet. Es werden überall Rüben eingerichtet, in denen für die Kinder bis zu 10 Jahren, die es nötig haben, täglich ein gutes Mahl bereitgestellt wird. Die notwendige Organisation ist sofort eingeleitet worden.

#### Auslieferung zweier Schlagboote.

London, 9. April. (WDB.) Die deutschen Schlagboote "Oldenburg" und "Nassau" sind geladen ausgeliefert worden. Die Schiffe wurden auf See von dem Schlagbootkreuzer "Tiger" und der Zerstörerflotille in Empfang genommen und nach dem Firth of Forth geleitet. Die Beladungen werden auf ein Depotschiff übergeführt und nach Deutschland zurückgebracht.

#### Polnische Massenauswanderung nach Amerika.

Berlin, 10. April. Aus Breslau wird den "P. R. Nachr." geschrieben: Gegen 100 000 Polen wollen nach den

Vereinigten Staaten auswandern. Der "Gornic Katowicki" in Krakau lädt sich aus Warschau berichten, daß sich in den Vereinigten Staaten ein Komitee gebildet hat, das für die Unterbringung von 97 980 Polen, die ihre Familien in den Vereinigten Staaten haben, sorgen will. Mit Schiffsgesellschaften sind Verträge abgeschlossen worden. In Warschau wird eine Zentrale errichtet, in den Städten und Dörfern werden Filialen des Zentralbüros geschaffen. Die Washingtoner Regierung soll diesen Plänen ihre Unterstützung zugesetzt haben.

#### Beruhigung in Italien.

Mailand, 9. April. Der "Avanti" meldet aus Vologna, daß der Generalstreik in dieser Stadt vollständig beigelegt worden ist.

Mailand, 9. April. (WDB.) Dem "Corriere della Sera" zufolge ist die innere Lage in ganz Italien besser geworden. Die sozialistische Parteileitung Italiens, die einen Generalstreik abgelehnt hat, hat den Sieg über die Anarchisten davongetragen.

#### Hungerstreik in italienischen Gefängnissen.

Wie der "Volksanzeiger" nach der "Daily News" berichtet, haben im Gefängnis von Montjoye (Island), wo hauptsächlich Sinnestierhaft sind, 100 Gefangene einen Hungerstreik begonnen.

#### Tumultuszen im spanischen Parlament.

Madrid, 9. April. (WDB.) Als die Kammer gegen über die den Eisenbahnen zu gewährenden Vorherrschaften bestimmt, drang der Senator Luca Tena, Direktor des Blattes "Ato", in den Saal ein und unterbrach den Abgeordneten, der sich auf der Rednertribüne befand. Es entstand großer Lärm. Die sozialistischen Abgeordneten protestierten gegen die Sitzung der Sitzung. Zwischen mehreren Abgeordneten entstand eine Schlägerei. Dem Präsidenten gelang es schließlich, die Tidung wieder herzustellen. Die Kammer genehmigte dann die Gewährung der Vorherrschaft.

#### Freiwillige Versteigerung beim Sultan.

Amsterdam, 9. April. (WDB.) Der türkische Sultan gab dem "Daily Express" zufolge seine Zustimmung, daß die in seinem Besitz befindlichen Juwelen, Kunstsgegenstände und Antiquitäten zugunsten des Staatshaushalt versteigert werden, um den Fehlbetrag im Staatshaushalt zu decken.

#### Die armenische Frage.

Amsterdam, 9. April. (WDB.) "Telegraaf" meldet, daß sich der Völkerbundrat heute mit der armenischen Frage beschäftigt. Es werde darüber beraten, welchem Lande das Mandat über Armenien gegeben werden soll. In diesem Zusammenhang werden die Niederlande, Spanien und die skandinavischen Länder genannt.

#### Die Weltfinanzkonferenz.

Hag, 9. April. (WDB.) Der "Nieuwe Courant" meldet drastisch aus London, da hierzulande der führende Staaten der Welt zu der Anfang Mai in Brüssel stattfindenden Finanzweltkonferenz aufgefordert werden sollen. Man hofft, daß Amerika sich ebenfalls beteiligt. Es soll über die Handelskredite und die Währungsfrage beraten werden.

"Evening Standard" zufolge werde jedes teilnehmende Land verpflichtet, der Konferenz seine Bilanz, sein Budget, seine vollständige Debet- und Kreditlage, sowie seine besonderen Finanzschwierigkeiten mitzuteilen.

#### Die Friedensdebatte in Amerika.

Washington, 9. April. (WDB.) Die Debatte über den Antrag auf Abschluß des Friedens zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland hat am Donnerstag im Repräsentantenhaus begonnen. Man glaubt, daß die Zustimmung schon am Freitag stattfinden wird.

#### Amerikanischer Eisenbahnerstreit.

Amsterdam, 9. April. (WDB.) Die "Times" meldet aus New York: Wegen Entlassung eines Beamten in Chicago ist auf 25 Eisenbahnliniien, die in Chicago enden, ein Streik der Heizer und Maschinisten ausgebrochen. 50 000 Mann sind ausständig. Durch den Streik ist die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung Chicagos ernstlich gefährdet.

#### Rückgang der amerikanischen Getreideernte.

Washington, 9. April. (WDB.) Washingtons Getreideernte für 1920 wird in Amerika auf 483 617 000 Säckel geschätzt, gegen 731 835 000 im Jahre 1919.

#### Japan und die Revolution in Wladivostok.

Tokio, 9. April. (WDB.) Die revolutionären Streitkräfte in Wladivostok sind fast vollständig durch die japanischen

Serena nickte zerstreut. Sie wunderte sich im stillen, wie verändert Mailott war, seit sie in Wien weilten. Die finstere, vergrämte Miene war wie weggeblasen, eine wilde Fröhlichkeit schien immer mehr von ihm Besitz zu ergreifen.

Sie blieb den beiden nach, wie sie durch den Gartenschriften gleich guten Kameraden, die sich einen frohen Tag machen.

Eigentlich konnte es Serena nicht begreifen. Wenn sie daran dachte, wie sie ihren Vater in San Pietro d'oro gefunden hatte, an die Bilder, die er damals malte, das düstere Wühlen in alten Schmerzen, der schwarze Sarg im Schrank mit Mamas Andenken — und heute!

Es war, als sei mit dem Sarg auch das ganze Leben des Mannes in San Pietro d'oro geblieben.

Manchmal kam er Serena ganz fremd vor. Damals hatte sie ihn besser verstanden, sich ihm näher gefühlt. Heute war ihr manchmal, als hätten sie die Rollen getauscht. Wäre er und Mila jünger gewesen, sie hätte — so ungeheuerlich ihr der Gedanke vorkam — an eine plötzlich erwachende neue Liebe gedacht. Aber sie waren beide alt und grau und dachten nicht im Traum an dergleichen.

Es war lediglich das Verlangen, das ihn so verändert hatte. Wie eine Pflanze, die in dürem kaltem Erdreich gestanden und nun plötzlich zu Wasser und Licht gekommen ist — fröhlich, Mila verstand es auch, einem das Leben gemütlich zu machen!

Serena seufzte.

"Und doch begreife ich Papa nicht. Mir machen sie's ja auch gemütlich und deinem, und doch kann ich nicht vergessen. Oder ist es so anderes, ob man um Totes oder Lebendigen trauert? Meine Seele sieht noch immer gefangen und bangt sich und fürchtet und kann nicht frei werden — Todesangst liegt über ihr."

Sie fuhr zusammen — draußen an der Eingangstür hörte es geläutet. Kam jemand? Erst jetzt fiel ihr ein, daß hinter den beiden Ausflüglern nicht abgeschlossen hatte.

Sie wollte hinaus, um es nun zu tun, aber da öffnete sich schon die Ateliertür und Sendhausen stand dort. (Fortsetzung folgt)

## Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)  
"Du liebe, liebe Stadt — du heißt ihn nun — Ich ihn nicht fort!" lagte sie umwältigt leise vor sich hin. Eigendwo läutete es Mittag. Da befann sie sich und trat den Heimweg an. Und sie nahm sich vor, daß weder Papa noch Wibrecht von diesem traurigen Wiedersehen etwas wissen sollten.

Dies Geheimnis sollte ganz allein ihr Eigen bleiben.

Richts, als ein Städt Schnee, eine Handvoll Primeln, ein halb vereister Bach und die endlose Weite! Aber welches Licht auf dem Schnee — welche Lust in dieser blauen Weite! Wunderbar! Wunderbar!

Sendhausen sauste andächtig auf Serenas Bild. Dann führte er noch andächtiger ihre Hand und wandte sich an Mailott.

"Was wünschen Sie, verehrter Herr, Künstlerhaus oder Sezession?"

Mailott lächelte halb stolz, halb verlegen.

"Wir werden wohl warten müssen, wo es angenommen wird. Die Hauptstraße ist ja, daß es gut ist — immerhin soll es hier nicht leicht sein —"

"Das wohl — natürlich! Aber dieses Bild — wählen Sie: Ich sehe alles durch, was Sie wollen. Wozu hätte man denn seine Freunde? Wie war ich so froh, sie zu haben, wie jetzt. Den besten Platz muß es bekommen, dafür stehe ich Ihnen!"

Serena stand daneben und dachte sehnsüchtig: "Ach, wenn er es doch sähe! Ob er dann auch noch so gering von mir denken würde? Und ihr war plötzlich, als gelte ihre ganze Kunst nur dem einen, als läge ihr an dem Urteil der ganzen übrigen Welt nicht das mindeste.

Mailott Ternburg trat ein.

"Nun, was ist's? Wir wollten doch auf den Rahlenberg, Herr Mailott? Serena, Du bist noch nicht mal angezogen — rasch, rasch, nimm Hut und Sonnenhut —"

Serena sah verlegen auf ihren Vater.

„Bist du böse, Papa, wenn ich zu Hause bleibe? Ich bin so müde — möchte auch an Tante Marianne schreiben —"

"Böse? Unsin, mach, was du wills, Kind! Wir müssen ja überhaupt heute nicht auf den Rahlenberg —", er bemerkte Milas entzücktes Gesicht; „oder doch, wenn Sie wollen Frau Ternburg? Wir können ja auch allein ausfliegen."

Mila zögerte noch ein wenig, aber nur aus Rücksicht für Serena.

"Es ist nur wegen der belegten Brote, die ich schon rückte."

Mailott und Sendhausen lachten.

"Na — dann! Solch ein wichtiger Grund!"

"Und Sie wollten ja doch den Rahlenberg kennen lernen."

"Freilich! — also los! — Schreibe du nur ruhig, Serena, wir fliegen aus."

Sendhausen empfahl sich von den Damen.

"Darf ich das Bild gleich mitnehmen, Herr Mailott?

Da Sie die Kiste bereits dastehen haben — mein Chauffeur

näheren Truppen entwaffnet. Es wurden Maßnahmen getroffen gegen unzulässige Handlungen russischer Truppen. Die japanischen Behörden haben Verhandlungen eingeleitet im Interesse der Wahrungshaltung der Ordnung.

## Lokaler und vermischt Cet.

Limburg, 12. April 1920.

(—) St. Kommunion. In feierlichem Zuge wurden gestern hier durch Herrn Stadtpräfekten Geistlichen Rat Hendel 180 Kinder (4 Knaben und 72 Mädchen) von der Werner-Senger-Schule aus zum Dom geleitet, woselbst sie die erste St. Kommunion empfingen.

(—) Entscheidung eines alten Limburger Rechtsstreites. Vor dem Oberverwaltungsgericht wurde ein Rechtsstreit zu Ende geführt, welchen die evangelische Kirchengemeinde zu Limburg und andere Anlieger der oberen Schiede gegen den Magistrat der Stadtgemeinde Limburg ausgefochten hatten. Nachdem die evangelische Kirchengemeinde und Genossen vom Magistrat zur Zahlung von Ausbaulisten der oberen Schiede herangezogen worden waren, erheben sie nach fruchtbarem Einspruch Klage mit dem Antrage auf Freistellung von den gesorderten Ausbaulisten, da die obere Schiede bereits zur Zeit des Inkrafttretens des ersten Ortschafts eine vorhandene Straße im Sinne des Paragraphen 15 des Fluchtliniengesetzes gewesen sei. Der Magistrat vertrat den entgegengesetzten Standpunkt und behauptete, daß der obere Schiede zur kritischen Zeit alle Einrichtungen einer häuslichen Straße fehlten; im Jahre 1879 sei lediglich der Fluchtlinienplan festgestellt und mit der Anlegung begonnen worden. Nach vorgenommener Beweiserhebung entschied der Bezirksausschuss im wesentlichen zu ungünstigen der Anlieger der oberen Schiede und nahm an, daß die obere Schiede in dem in Frage kommenden Teil nicht zu den vorhandenen Straßen gerechnet werden könne, es liege vielmehr eine neue Straße vor, deren Anlieger zur Zahlung von Ausbaulisten verpflichtet seien. Zur Zeit des Erlasses des ersten Ortschafts habe die notdürftige Befestigung der oberen Schiede in keiner Weise den Anforderungen entsprochen, die an eine kleinstädtische Straße zu stellen seien. Die obere Schiede habe sich damals in demselben Zustand wie heute das untere Schiede befunden, letztere habe nicht den Charakter eines häuslichen Verkehrswege, sondern den einer außerhalb der Stadt liegenden Promenadeallee. Allerdings habe eine geringe Herabsetzung der gesorderten Kosten zu erfolgen, da die Kosten vom Magistrat unrichtig berechnet worden seien. Gegen dieses Urteil legten sowohl die Anlieger als auch der Magistrat Limburg Revision beim Oberverwaltungsgericht ein, welche auch die Vorentscheidung aufzuholen und im Prinzip zugunsten des Magistrats erkannte, indem geltend gemacht wurde, es sei anzunehmen, daß die Forderung des Magistrats zulässig gewesen und keine Verjährung eingetreten sei, es sei kein Verzicht auf die Beitragsforderung geleistet worden. Im Widerspruch zu der Annahme des Vorderrichters sei die Berechnung der Ausbaulisten durch den Magistrat als unzureichend anzusehen, denn nach Paragraph 15 des Fluchtliniengesetzes seien die Kosten der Gesamtherstellung zusammenzurücken und die Gesamtsumme auf sämtliche Anlieger der Straße zu verteilen. Lediglich zu den Ausbaulisten veranlagte Kosten des Hotelbesitzers Hochhäuser seien freizustellen, da sie zur Zeit des Erlasses des Einspruchsbeschlusses nicht mehr Eigentümer des in Frage kommenden Grundstücks gewesen seien.

— Idstein, 10. April. Ein Streit in dem Stadtverordnetenkollegium über die Bürgermeisterwahl bat, nachdem der gewählte Kandidat die Annahme des Postens abgelehnt hat dazu geführt, daß der langjährige Stadtverordnete Direktor Schwert sein Mandat als Stadtverordneten niederlegte. Drei Nachfolger Schwerts auf der Wahlliste lehnten die Übernahme des Mandats gleichfalls ab.

— Lauterbach, 10. April. Bei Salz wurde auf bisher nicht aufgetaute Weise der Zimmermeister Johannes Heinek von einem Hörer angeschossen und schwer verletzt.

Bad Nauheim, 9. April. Eine hiesige Einwohnerin bat von dem Erlös eines Rückverkaufes den größten Teil dem Reichsbund und der Kriegsbeschädigten-Ortsgruppe Nauheim zur Unterstützung nothwendiger Kriegsbeschädigter überwiesen.

— Mädchentänze! Unter 6000 Mädchen, die sich in den öffentlichen Häusern von Buenos Aires befinden, sind 1190 deutsche durch schändlichen Mädchenhandel dorthin verschleppt worden. Ganz besonders sind diese gewissenlosen Gelehrten im besetzten Gebiet und auf den Bahnhöfen, aber auch in Kinos und Konzerthallen tätig. Sie treten, wie die „Stiles. Volkswacht“ feststellt, in jeder Form auf: als Soldaten, Offiziere, seine Herren, als Nonnen und Pensionsdamen, Billenbesitzerinnen usw. Lockende Anzeigen, befinden sich besonders auch in Provinzblättern.

## Kurzer Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates vom 2. bis 9. April 1920.

Auch in der verflossenen Berichtswoche war der Verkauf unregelmäßig, teils unterbrochen durch die Feiertage, teils bestimmt durch weitere Unruhen im Ruhrgebiet und durch den Einmarsch der Franzosen in einige der wichtigsten Handels- und Industriestädte des Westens als Antwort auf die Bemühungen der deutschen Regierung, den Aufstand im Kolonialgebiet durch Wassergewalt zu unterdrücken. Das ohnehin schon sehr will gewesene Produktionsgeschäft im und nach dem Westen wurde dadurch weiter ungünstig beeinflußt und das trug mit dazu bei, die bereits aus der Vorwoche übernommene flache Marktlage noch zu verschärfen. In allen Teilen des freien Marktvertriebs fühlte es an Räumern bei erheblich gewachsenem Angebot. Die Kommunen waren mit Früchten, Hasen und Hasenhäabilaten zunächst reichlich versorgt und blieben wieder ebenso dem Markt fern, wie die Hasermühlen, deren Erzeugnisse scharf im Preise zurückgegangen waren. Auch die für laufende Saison verlorenen Reichsverpflegungsämter hatten für Hasen keinen Bedarf mehr und die Kaufleute, die für die noch lange Verbrauchszeit bis zur kommenden Ernte viel Ware eingetragen hatten, wußten in der Mehrzahl eher Neigung zur Abholung derartig in der Nachfrage nach der Aufnahme des neuen Verkaufsmaterials, wobei die Preise am Produktionsmarkt auf den ganzen Einde weiter präzisieren. Zum Teil war die Ursache hierfür auch wieder in der erneut gestiegenen deutschen Valuta und in der gewachsenen Kaufraft unserer Mark zu suchen, weil damit die Hauptschwäche der Wettbewerb der holländischen Ersten und für Hasen die amerikanischen Hasenpräparate eine Rolle spielten. Vom 31. März bis 8. April war der Preis des Hasers von zirka 200 Mark auf 185 Mark, einzeln selbst bis 180 Mark zurückgegangen, Erben, für die fast nur Abgeber und keine Käufer vorhanden waren, sind in der

nichtamtlichen Notiz der Biskotiaerben von 400 bis 500 Mark auf 350 bis 480 Mark herabgesetzt, für andere Erben von 300 bis 400 auf 250 bis 350 Mark. Weniger stark war der Rückgang für alle anderen Hülsenfrüchtearten und für Serabella, doch zeigten sie auch durchweg gäbe Tendenz. Besonders scharf waren die Rückgänge für Haubutter, namentlich für Stroh, das, nachdem die Aemter ihre Anschaffungen eingestellt hatten, in sehr großen Massen noch eintaten und weiter angeboten wurde. Die nichtamtliche Berliner Notiz ist für Wiesentau von 52 bis 54 auf 48 bis 50 Mark, für Preßstroh von 31,5 bis 32,5 auf 25 bis 26 Mark, für gebündeltes von 29 bis 30 auf 22 bis 23 Mark zurückgesetzt, und nach der Schlussnotiz ist noch merklich billiger gehandelt werden. Für Hasen wurde heute an der Berliner Produktionsbörse amtlich notiert: für 1000 Kilogramm auf sofortige Abholung 3500 bis 3360 Mark.

## Amtlicher Teil.

(Nr. 82 vom 12. April 1920.)

Bei der Wahl des Beamtenausschusses der Landespolizei für den Kreis Limburg (Lahn) und Glashütten sind für das Kalenderjahr 1920 gewählt worden:

- Der berittene Gendarmeriewachtmeister Hartmann in Limburg (Lahn),
- Der Fuß-Gendarmeriewachtmeister Rausch in Dorchheim,
- Der Elsaß-Lothringische Hilfspolizei-Wachtmeister Petry in Kirberg.

Einsprüche gegen die Wahl sind von den Wahlberechtigten binnen einer Ausschlußfrist von 14 Tagen bei mir anzuwerben. Limburg (Lahn), den 3. April 1920.

Der Landrat.

Schellen. Nr. 521.

Nach § 3 Nr. 2 des neuen Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 sollen Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände wegen der Schlachthöfe, Gas- und Elektrizitäts- und Wasserwerke von der Umsatzsteuer allgemein freit. Es handelt sich bei diesen Unternehmen vom 1. Januar 1920 so nicht mehr um die Unerkenntlichkeit als gemeinnützige Betriebe, die Steuerfreiheit tritt vielmehr ohne weiteres ein. Sie kann aber bei dem Grundgedanken von dem das Umsatzsteuergesetz ausgeht, daß jeder wirtschaftliche Umstieg der Besteuerung unterliegen soll, nicht jowei ausgedehnt werden, daß die öffentlichen Betriebe auch Steuerfreiheit genießen, soweit sie innerhalb ihrer Tätigkeit mit nichtöffentlichen Unternehmen in Wettbewerb treten und Umstöße ausführen, die an sich Sache der freien wirtschaftlichen Besteuerung sind. Die Steuerfreiheit hat sich vielmehr aus die Einnahmen aus den mehr oder weniger dem öffentlichen Wohle dienenden Leistungen der Betriebe zu beschränken. Hierunter fallen die Gebühren für die Benutzung einer Anlage, wie z. B. des Schlachthofes, oder für die Inanspruchnahme von Leistungen, bei Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken z. B. die Belegschaftsgebühr für Gas- elektrische Kraft und Wasser einschließlich der Gebühren für die Überlassung von Uhren und Strommessern; außerdem die Gebühren für die notwendigen Anschlußarbeiten (Innallationen).

Auszuscheiden haben dagegen bei Schlachthöfen die Einnahmen aus dem Verkauf von Fleisch, Fisch, Eis, Würzen u. a. bei Gas- und Elektrizitätswerken die Lieferung von Beleuchtungsförpern und sonstigen Gegenständen, die nicht zu den bei einfachen Anschlußarbeiten erforderlichen gehören. Entsprechendes gilt für Wasserwerke, bei denen u. a. auch die Lieferungen etwaiger hauswirtschaftlicher oder gewerblicher Inneneinrichtungsgegenstände steuerpflichtig bleiben. Es er scheint geboten, daß die in Riede stehenden Anlagen auch unter der Herrschaft des alten Reiches, das für die Steuerbefreiung ihre Anerkennung als gemeinnützige Unternehmen im Einzelfalle zur Voraussetzung macht, allgemein nach diesen Grundzügen zu verfahren. Es ist also für die Zeit bis 31. Dezember 1919 von der Veranlagung dieser Unternehmen zur Umsatzsteuer in den gegebenen Grenzen allgemein abzusehen, wenn es auch wegen Ablehnung der Anerkennung als gemeinnützige Unternehmen bisher nicht angängig gewesen sein sollte. Änderungen bereits rechtskräftig gewordener Veranlagungen sollen hierdurch nicht herbeigeführt werden, sie werden auch aus Billigkeitsgründen nicht zugestanden werden. Ich ersuche ergebnis, die Umsatzsteuerämter mit Weisung zu verstehen. Es erfolgt Veröffentlichung im Reichssteuerblatt.

Berlin, den 28. Februar 1920.

Der Reichsminister der Finanzen.

Im Auftrage gez.: v. Vaet.

III. U. 807 Pg.

Den Herren Bürgermeistern der Landgemeinden des Kreises, der Stadt Lahn, sowie den Landgemeinden Sauerthal, Ettingshausen und Wetterod zur Kenntnis und Beachtung.

Limburg, den 8. April 1920.

R. U. 147.

Betrifft die armenrechtlichen Beziehungen zwischen den Armenverbänden in Preußen, besonders auch in den besetzten und den Abstimmungsgebieten und in den vom Reich abgetrennten Gebieten.

Es herrscht vielfach Unklarheit über die durch den Friedensvertrag von Versailles geschaffene Rechtslage zwischen den Armenverbänden in den preußischen Abstimmungsgebieten und dem übrigen Teil des Staates und den bisher zu Preußen bzw. dem Reich gehörigen Armenverbänden, welche in den abgetrennten Gebieten belegen sind.

Den Armenverbänden wird — vorbehaltlich der Rechtsprechung der Sprachbehörden — empfohlen, bis auf weiteres nachfolgenden Standpunkt einzunehmen:

- Die Abstimmungsgebiete und die besetzten Landesteile, also insbesondere auch das Saargebiet, Eupen-Malmedy und ganz Schleswig, sind nach wie vor Bestandteile Preußens und damit des Reiches. Ebenso sind die sonstigen außerpreußischen, zu Bayern, Baden, Hessen und Oldenburg gehörigen Gebiete, welche z. Zt. fremdeherlicher Besetzung unterliegen, Teile des Reiches geblieben. In den armenrechtlichen Beziehungen zwischen den Armenverbänden dieser Gebiete und denen des Reichsstaates ist also eine Änderung durch den Friedensvertrag überhaupt nicht eingetreten.

- Die bisher zu Preußen oder zum Reich gehörigen Gebiete, welche infolge des Friedensvertrages abgetrennt worden sind, sind mit dem Augenblick der Abtretung Ausland geworden. Anfolgedessen haben die Rechtsbeziehungen der deutschen Armenverbände zu den dortigen Armenverbänden aufgehört.

- Der im Abstimmungsgebiet Unterhaltungswohnungsbeitrag, welcher im preußischen Staatsgebiet unterstützt wird, hat damit seinen rechtsrechtlichen Unterhaltungswohnungsbeitrag verloren und ist landarm geworden.

2. Für den preußischen Armenverband, auf dessen Rechnung der Hilfsbedürftige bisher im Abstimmungsgebiete unterstellt worden ist, ist die Erstattungspflicht an den unmittelbar unterstützenden Armenverband des Abstimmungsgebietes für die Zeit nach der Abtretung gewährte Unterstützung erloschen.

3. Desgleichen hat aber auch der preußische Armenverband seinen rechtlichen Anspruch mehr, von dem abgetretenen Armenverband Erstattung der von ihm nach der Abtretung gewährten Unterstützungen zu verlangen.

4. Uebernahme- und Ueberführungsansprüche dieser jetzt ausländischen Armenverbände oder an sie können nicht mehr im Wege des armenrechtlichen Verfahrens (§ 34 ff. des Reichsgesetzes über den Unterhaltungswohnungsbeitrag vom 30. Mai 1908 — R. G. Bl. S. 381 —) unmittelbar durch oder gegen preußische Armenverbände geltend gemacht werden.

5. Dagegen bestehen die gegenseitigen Erstattungsansprüche für die, für die Zeit bis zur Abtretung gewährten Unterstützungen zu Recht und werden durch den Friedensvertrag grundsätzlich nicht berührt. Ihre Einbringung kann allerdings nicht mehr in armenrechtlichen Sprachverfahren vor preußischen Behörden herbeigeführt werden, da die Behörden der Abstimmungsgebiete den Entscheidungen preußischer Sprachbehörden keine Folge geben dürfen; sie können natürlich nicht, wie unter unter Nr. 7, Sonderbestimmungen getroffen sind oder getroffen werden, nur noch in derselben Weise verfolgt werden, wie überhaupt öffentliche Rechtsansprüche im Auslande, d. h. regelmäßig nur auf dem durch Vermittelung des Reichsministers des Auswärtigen Angelegenheiten zu beschreitenden diplomatischen Wege.

6. Das Memelland, die freie Stadt Danzig und die an Polen und die Tschecho-Slowakei (Habsburger Ländchen) abgetrennten Gebiete sind gemäß Artikel 83 Absatz 1—8, 87, 99 und 100 des Friedensvertrages (R. G. Bl. S. 687 ff.) mit dem 10. Januar 1920 Ausland geworden.

7. Elsaß-Lothringen ist gemäß Artikel 51 des Friedensvertrages mit dem 11. November 1918 aus dem Reichsgebiet ausgeschieden. Wegen der Einbringung der Armenpflegekosten für die Zeit vorher ist Artikel 72 des Friedensvertrages möggebend. Die Erstattungsansprüche sind von den Armenverbänden unmittelbar bei dem Reichsministerium des Innern, Abteilung für Elsaß-Lothringen, in Berlin W. 8, Wilhelmstraße 72, durch die Hand der Komunalaufsichtsbehörde, welche vor der Weitergabe für die vollständige Befüllung der anspruchsbegründenden Unterlagen zu sorgen hat, anzumelden.

Berlin W. 86, den 9. März 1920.

Leipzigerstraße 3.

III. E. 198. Der preußische Minister für Volkswohlfahrt.

An die Herren Bürgermeister des Kreises und der neutralen Gemeinden.

Wird veröffentlicht.

Ich ersuche um genaue Beachtung.

Limburg, den 8. April 1920.

R. U. 1234. Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Es scheint mir zu meinem Bedauern nicht angängig, die Erwerbslosenfürsorge für die Junglehrer, die nach beendetem Ausbildung keine Beschäftigung finden können, besonders zu regeln. Jede Abweichung von den allgemeinen Vorschriften der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge, die ich zugunsten eines einzelnen Standes treffen würde, würde zahlreiche und nicht unberechtigte Ansprüche anderer Stände und Berufe auslösen und damit die einheitliche Handhabung der Erwerbslosenfürsorge völlig unmöglich machen. Die Frage, ob diestellenlosen Schulamtsbewerber jede ihnen zugewiesene Arbeit übernehmen müssen, wenn sie der Erwerbslosenfürsorge unterstehen, muß deshalb nach den allgemeinen Bestimmungen der Reichsverordnung, insbesondere nach dem § 8 in der Fassung vom 26. Januar 1920 (Reichsgesetz. S. 98) beantwortet werden. Somit ist auch der erwerbslose Junglehrer verpflichtet, eine Arbeit, anzunehmen die außerhalb seines Berufes und Wohnorts liegt, wenn sie ihm nach seiner körperlichen Beschränktheit zugemutet werden kann. Die Weigerung, sie anzunehmen, kann nur damit begründet werden, daß für die Arbeit nicht angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird, die Unterfunktion istlich bedenklich ist und daß bei Verheiraten die Versorgung der Familie unmöglich wird. Ebenso müssen sich die Junglehrer der allgemeinen Kontrolle unterwerfen, die ein wesentlicher Bestandteil der Erwerbslosenfürsorge ist. Diese Rivalität macht es regelmäßig unerlässlich, daß die Erwerbslosen sich ihr Geld selbst von der Kasse abholen.

Allgemein darf ich noch bemerken, daß diestellenlosen Schulamtsbewerber selbstverständlich nur dann für die Erwerbslosenfürsorge in Frage kommen, wenn ihre Erwerbslosigkeit sich als eine Folge des Krieges darstellt. Soweit ich die Verhältnisse zu übersehen vermag, wird das nicht allgemein der Fall sein.

Berlin, den 29. Februar 1920.

Der Reichsarbeitsminister.

gez.: Ged.

I E 797/20.

An den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin, Unter den Linden 4.

An die Herren Bürgermeister des Kreises

und der neutralen Gemeinden

Abdruck zur Kenntnis und Beachtung.

Limburg, den 9. April 1920.

R. U. 1337. Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

(Schluß des amtlichen Teils.)

## Gottesdienstordnung für Limburg.

### Römisch-katholische Gemeinde.

Dienstag 7½ Uhr in der Stadtkirche feiert. Jahramt für Wilhelm Pier. Um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Johann Anton Brückmann und Ehefrau.

Mittwoch 7½ Uhr in der Stadtkirche feiert. Jahramt für Domdekan Jakob Pölz. Um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Josef Mühlbach und Ehefrau.

Donnerstag 7½ Uhr in der Stadtkirche feiert. Jahramt für Frau Judith Grimm. Um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Jakob Krohmann und dessen Mutter Anna geb. Möhn.

Freitag, 7½ Uhr in der Stadtkirche feiert. Jahramt für Frau Amalie Busch geb. Trombetta. Um 8 Uhr im Dom Jahramt für Frau Marg. Sieber und Angehörige.

Samstag 7½ Uhr in der Stadtkirche feiert. Jahramt für Peter Egenolf Ehefrau und Kinder. Um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Familie Geibel.

Um 4 Uhr nachmittags Gelegenheit zur hl. Beichte. Am nächsten Sonntag ist Komm

## Bekanntmachung

beir. Verlängerung des ersten Steuerabschnittes für die Luxussteuer und die erhöhte Umfahrtsteuer.

Aufgrund allgemeiner Anordnung des Reichsministers der Finanzen vom 1. 3. 20 wird die Frist zur Einreichung der ersten Steuererklärung (bisher 1. 4. 20) über die nach §§ 15 und 21 des Umfahrtsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 Luxussteuerpflichtigen Gegenstände, sowie der nach §§ 25 ff. erhöht umfahrtsteuerpflichtigen Leistungen (Anzeigen, Beherbergungen, Bewahrung, Reitervermietung) verlängert und der Steuerabschnitt anstatt des seitherigen Kalendervierteljahres auf das Kalenderhalbjahr festgesetzt.

Die Einreichung der Steuererklärung über die Luxussteuerpflichtigen Gegenstände und erhöht umfahrtsteuerpflichtigen Leistungen hat also erst im Juli 1920 zu erfolgen.

Limburg, den 9. April 1920.

9/823 Der Magistrat (Umfahrtsteueramt).

## Volksschule Limburg.

Die Aufnahme der schulpflichtig werdenenden Kinder findet am Donnerstag den 15. April statt und zwar die der Jungen um 10 Uhr in der Werner-Senger-Schule, die der Mädchen um 11 Uhr in der Hospitalsschule.

10/82 Michelis, Rektor.  
Denz, Hauptlehrer.

## Stundenplan

### der gewerblichen Fortbildungsschule für das Sommerhalbjahr 1920.

Der Unterricht findet statt für die Klassen:

I. Der Maler etc.:

Dienstag von 4 bis 7 Uhr nachmittags,  
Donnerstag von 3 bis 6 Uhr nachmittags.

II. Der Buchgewerbetreibende usw.

Montags von 2 bis 7 Uhr nachmittags  
Donnerstags von 3 bis 6 Uhr nachmittags dazu nur im April  
Dienstags von 5 bis 7 Uhr nachmittags

III. Der Baumgewerbetreibende:

Donnerstag von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags  
oder Freitag von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

IV. Der Metallarbeiter:

1. Unterklasse Montags von 8 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm.  
2. Dienstags " 8 " " 3 " "  
1. Mittelklasse Samstags " 8 " " 3 " "  
2. Dienstags " 8 " " 3 " "  
3. Dienstags " 8 " " 3 " "  
1. Oberklasse Freitags " 8 " " 3 " "  
2. Mittwochs " 8 " " 3 " "

V. Der Schuhmacher:

Montags von 1 bis 7 Uhr nachmittags.

VI. Der Schneider, Sattler etc.:

Dienstag von 4 bis 7 Uhr nachmittags

Mittwochs von 3 bis 7 Uhr nachmittags.

VII. Der Bäcker, Konditoren etc.

Mittwochs von 3 bis 7 Uhr nachmittags,

die Konditoren außerdem:

Montags von 3 bis 7 Uhr nachmittags.

VIII. Der Messer, Kellner, Friseur:

Mittwochs von 3 bis 7 Uhr nachmittags.

IX. Der Arbeiter, Hansburschen, Gärtner, Arbeitslose:

1. Klasse Mittwochs von 3 bis 7 Uhr nachmittags

2. Klasse Donnerstags von 3 bis 7 Uhr nachmittags.

Limburg (Lahn), den 31. März 1920.

Der Magistrat.

## Brennholzverkauf, Obersörsterei Wörsdorf,

Obersörsterei Wimbach, am Freitag den 16. April, vor-  
mittags 9½ Uhr auf der Hühnerstraße.

Distr. 1 Kippel. Bu.: 143 Rm. Scheit, 68 Rm. Knüpp.  
16,05 Hdt. Ritterwellen 3 Rm. Ra 1 Rm. Knüpp. Händ-  
ler und Wiederverkäufer sind vom Mietdeien ausgeschlossen.

## Kaufe

Autobereifung und Ersatzteile,  
Personen- und Lastautos  
auch defekt.

13/66 Fahrzeug-Industrie Limburg (Lahn)

Nic. Hohn.

## Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-  
Deutschlands bedeutendste Zeitung:

## Das Hamburger Fremdenblatt

■ Handels- und Schifffahrts-Nachrichten  
und Kunstdruck-Büllage  
Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:

Ausgabe A (mit Post-Anzeigen):

monatl. M. 6.— vierteljährl. M. 18.—

Ausgabe B (ohne Post-Anzeigen):

monatl. M. 5.— vierteljährl. M. 15.—

Brodennummer kostet n. portofrei.

Weit über 150000 Abonnenten.

Visitenkarten werden sauber angefertigt in der  
Druckerei des Kreisblattes.

# Aufruf

## zur Bekämpfung der Geschlechts-krankheiten.

Mit der Demobilisierung ist eine erschreckende Vermehrung der Geschlechtskrankheiten eingetreten und es werden die Familien und damit der Gesundheitszustand unseres gesamten Volkes aufs äußerste bedroht. Die energische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist daher dringend erforderlich.

Diese Krankheiten werden nicht nur durch den Geschlechtsverkehr, sondern auch auf mancherlei andere Art verbreitet.

Alle Geschlechtskrankheiten sind sicher heilbar, wenn sie frühzeitig in Behandlung kommen, d. h. früher, als eine Allgemeineraffektion des Körpers zustande gekommen ist. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Geschlechtskranken möglichst früh in ärztliche Behandlung kommen.

Nur die Ärzte sind imstande, die Geschlechtskrankheiten rechtzeitig zu erkennen und erfolgreich zu behandeln. Man möglicherweise daher nicht, bei verdächtigen Haut- und Schleimhauterkrankungen sofort einen Arzt um Rat zu fragen.

Kranken, welche die ärztliche Behandlung nicht bezahlen können, kann kostenfreie ärztliche Behandlung zuteil werden.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:

H. Schellen,  
Landrat.

Name des Arztes von  
Limburg und Umgebung:

Der Kreisarzt  
Dr. Tenbaum, Medizinalrat.

## Limburger Ruderklub 1907

E. V.

Zu der am Samstag den 17. April 1920, abends 8½ Uhr im Bootshause stattfindenden

## Ausserordentlichen Generalversammlung

erlauben wir uns unsere Mitglieder hierdurch höflich einzuladen.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der letzten Protokolle.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Statuten-Änderung.
4. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erreichen bitten  
8/82 Der Vorstand.

Sofort gesucht:

## 30 Maurer und Handlanger.

Unterkunft und gute Verpflegung in unserer Menage.

Gewerkschaft Sachsenheim,

2/82 Meggen (Venne).

## Lehrling

in unsere Setzerei sofort

— gesucht. —

## „Limburger Anzeiger“

(Amtliches Kreisblatt)

Limburg a. d. Lahn,

Brückengasse 11.

## Deutsche Warte

Dir: Heimstätten Gegen: Bodenwucher

herausgeber:

Dr. jur. h. c. Adolf Damaskus

Der bekannteste von Männern und Frauen

aller Völker als Kandidat für die

Reichspräsidentschaft

ausgestellt ist

Mf. 2.— monatlich

für 5 Beilagen wöchentlich

Verlag der Deutschen Warte,

Berlin NW 6.

## Eine Pukfrau

für sofort gesucht.

Bank für Handel  
u. Industrie.

Niederlassung Limburg (Lahn)

Eine Pukfrau

gesucht.

Westheimer & Co.

Braves Mädchen

gesucht.

Bäckerei Wehnd.

Ein noch gut erhalten

großer Pferdefahrer

sicht zum Verkauf bei

Alwin Deutscher,

Wassermeister, Herbera.

Ein Paar junge, schwere

schwarze

Pferde,

State, seit 2. März gedich-

teten zum Verkauf bei

Richard Becker,

Limburg (Peterwo-

Handwerker

Gewerbetreibende

erhalten Auskunft, Rat und Hin-

weis in allen Angelegenheiten

Wirtschaftsfragen

Rechtsfragen

Fachliche Beratung

Steuerfragen

Technischen Rat

Forderungen

Buchführung

Der

große

Mehgerwagen

zu verkaufen

11/81

Mehgerwagen Brügmann.

Arbeitsbücher

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei

durch die Geschäftsstelle

des Kreisverbundes

für Handwerk und

Gewerbe

Limburg a. d. Lahn

im Schloss Fernand 500

Apfel- und Birnwein

zu kaufen gesucht. Off mit Angabe von Mengen an

Preis unter N. 1/82 an die Exp. d. Bl. erbeten.

zu haben in der

Lehrverträge Kreisblatt-Druckerei

Der

Limburger Anzeiger

(Amtl. Kreisblatt)

unterhält an folgenden Orten

Agenturen,

bei denen jederzeit ein

Abonnement

begonnen werden kann:

Staffel, Frau Spieler

Dietkirchen, Frau Joh. Phil. Schmidt

Steeden, Frau Volkwein

Ennerich, Frau Hild

L